Zu Frage 1: Die EU ist der größte Geldgeber was Entwicklungshilfe für die Dritte Welt betrifft. Der Kampf gegen die Armut ist und bleibt dabei das Hauptziel unserer Politik. Um auch die politischen Fluchtursachen zu bekämpfen,  setzt sich die EU für die Achtung der Menschenrecht und der Grundrechte ein, sowie für Rechtstaatlichkeit, Demokratie, Transparenz, Frieden und Stabilität und Gleichberechtigung der Geschlechter. Dies sind die Grundsätze, die beachtet werden müssen, wenn die Europäische Union mit Drittländern über Abkommen verhandelt.

Die EU will ihre Ziele weiter vorantreiben, und stellt für die Entwicklungszusammenarbeit in der aktuellen Förderperiode (2014-2020) 19,662 Milliarden Euro bereit.

Zu Frage 2: Dank des Cotonou Abkommens (und vorheriger Abkommen) konnten beachtliche Fortschritte bei den Millenniumszielen gemacht werden: die extreme Armut konnte halbieren werden, genauso wie der Anteil der Bevölkerung, der keinen unabhängigen Zugang zu Trinkwasser hat. Außerdem haben sich die Bedingungen in den sogenannten Slums für 200 Millionen Menschen verbessert. Die Kinder- und Müttersterblichkeit konnte gesenkt werden, die Alphabetisierungsrate steigt an. Man kann auch sagen, dass die Millenniumsziele auf politischer Ebene erfolgreich waren, indem die politischen Aktivitäten und die öffentliche Wahrnehmung von Entwicklungsproblemen gestärkt wurde.

Zur Unterstützung der AKP Staaten stehen in der laufenden Förderperiode 31,589 Mrd. Euro zur Verfügung (29,089 Mrd. Euro unter dem 11. Europäischen Entwicklungsfonds und 2,5 Mrd. Euro durch die Europäische Investitionsbank zur Vergabe von Krediten aus eigenen Mitteln).

Zu Frage 3: Es ist noch viel zu früh, um über mögliche Auswirkungen des USA-EU Handelsabkommens zu sprechen. Aus Erfahrung wissen wir, dass der Abschluss solcher Handelsabkommen sehr viel Zeit in Anspruch nehmen kann. Das Abkommen mit den USA wäre das bislang umfangreichste Abkommen zwischen der EU und einem anderen Staat. Deshalb werden sich die Verhandlungen, meiner Einschätzung nach, noch mehrere Jahre hinziehen. Am Ende werden die Mitglieder des Europäischen Parlaments, also die direkt gewählten Vertreter der EU-Bürgerinnen und Bürger, dem Abkommen zustimmen oder es ablehnen. Dabei werden wir insbesondere auch mögliche Auswirkungen auf weniger entwickelte Länder im Auge haben.

Zu Frage 4: Die EU Agrarpolitik hat seit vielen Jahren den Grundsatz, dass die Märkte in Entwicklungsländern nicht negativ beeinflusst werden dürfen. In der jüngsten Agrarreform haben wir alle Exporterstattungen (wobei es nur noch sehr wenige für ganz spezifische Produkte gab) auf null gesetzt. Zudem haben wir den Weg fortgesetzt, Subventionen für öffentliche Leistungen (Pflege der Kulturlandschaft, Umweltschutz, nachhaltiges Wirtschaften, etc.) zu vergeben und nicht mehr als Produktionsanreiz.

Im Handel mit AKP-Ländern gilt nach wie vor das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, nach dem diese Ländern "Everything but Arms" in die Europäische Union exportieren dürfen.

Zu Frage 5: Das Hauptdokument des EU-Afrika-Gipfels war eine 10-seitige Erklärung, in der der Einsatz der Gipfelteilnehmer und die Ziele der Afrika-EU-Strategie erneuert wurden. Der Text zieht Bilanz aus den derzeit auseinanderlaufenden Zielsetzungen in Europa und Afrika, erkennt die Unabhängigkeit beider Kontinente an und bekräftigt die gemeinsamen Interessen und Werte in einer Partnerschaft mit den Menschen in Wohlstand, Frieden und Sicherheit.

Die Erklärung ergänzt die Roadmap 2015-2017, die zum Ziel hat, die Afrika-EU-Strategie zu beschleunigen. Der Text ist das symbolische Ergebnis des Gipfels. Anders als vorherige Aktionspläne ist die Roadmap kurz gehalten und politisch ausgerichtet. Die Roadmap konzentriert sich auf fünf Prioritäten: 1. Frieden und Sicherheit; 2. Demokratie, gute Regierungsführung und Menschenrechte; 3. Humanressourcenentwicklung; 4. Handelsbeziehungen, mehr Investitionen und eine stärkere Beteiligung der afrikanischen Staaten am Entwicklungsprozess; 5. Globale und aufkommende Probleme.

Elisabeth Jeggle(CDU)